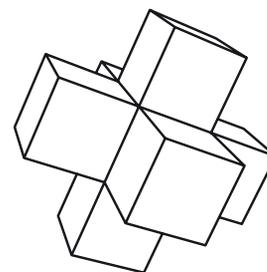


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Dossier	18
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint zehnmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Rüstungsprogramm 08

In der Herbstsession hat die Mehrheit des Nationalrats gegen den Willen der FDP-Fraktion das Rüstungsprogramm 08 abgelehnt. Die FDP will eine Armee, welche für die Sicherheit unseres Landes sorgen kann. Doch das Scheingefecht der SVP und die Nebelgranaten von Links-Grün machen nun unser Land unsicher.

Seite 3

Verbandsbeschwerde

Die Volksinitiative schafft Rechtssicherheit für Investoren. Sie hilft so mit, Arbeitsplätze zu generieren und den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Die Initiative stärkt zudem die Demokratie. Entscheide des Stimmvolks und von Parlamenten können künftig nicht mehr auf dem Rechtsweg blockiert werden.

Seite 7

Ausschaffungsinitiative

Die Ausschaffungsinitiative bringt keine Lösung, sondern kriert neue Probleme. Denn einmal mehr reizt die SVP das Völkerrecht aus. Deshalb hat die Fraktion FDP/Liberale in der Herbstsession eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie präsentiert damit einen doppelten Trumpf: Der Weg ist schneller und die präsentierte Lösung steht im Einklang mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht.

Seite 22



Bundespräsident Pascal Couchepin, Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP Deutschland, Johann N. Schneider-Ammann, Nationalrat BE (v. l. n. r).

Klare Bekenntnisse

Über zweihundert Delegierte fanden am 13. September nach Neuenburg an die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz. Dort gab es unter anderem die Parole zu den Bilateralen zu fassen.

In Neuenburg lieferten die Delegierten klare Bekenntnisse ab. Die Delegierten sprachen ein deutliches JA zu den Bilateralen, zum Ausgleich der kalten Progression sowie zu den energiepolitischen

Investitionsanreizen aus. Für gute Stimmung sorgte der rhetorisch brillante Gast aus Deutschland, Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP unseres Nachbarlandes. Mit seiner humor- und gehaltvollen

Rede zur Personenfreizügigkeit redete er sich in die Herzen der Schweizer Delegierten.

Seite 12/13

60 Jahre AHV und die kurzsichtige Initiative der Gewerkschaften

Die AHV ist sechzig Jahre alt. Sie ist ein Jahrhundertwerk. Ihre Einführung wurde aber letztendlich erst durch die schweren Zeiten und die Solidaritätserfahrung der beiden Weltkriege ermöglicht.

Es war der Bundesrat – unter der Führung des freisinnigen Edmund Schulthess –, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entschieden hatte, einen Verfassungsartikel zur Einführung der AHV vorzuschlagen. Artikel vierunddreissig quater der Bundesverfassung wurde im Dezember 1925 vom Volk gutgeheissen. Der erste Gesetzesvorschlag, den Bundesrat Schulthess danach ausarbeiten liess, scheiterte aber in der Volksabstimmung 1931. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Projekt vom freisinnigen Bundesrat Walther Stampfli wieder aufgenommen. Die Volksabstimmung im Jahr 1947 wurde zu einem herausragenden Erfolg.

Unsere Sozialversicherungen gehörten bis in die fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Dies ruft uns in Erinnerung, was eigentlich selbstverständlich ist: Die Stabilität der Sozialwerke hängt eng mit einer starken und erfolgreichen Volkswirtschaft zusammen. Tatsächlich geht es der AHV

derzeit eher gut. Diese Gesundheit verdankt sie insbesondere dem starken Wirtschaftswachstum der letzten Jahre. Dieses Wachstum wäre ohne eine offene Marktwirtschaft und ohne die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union nicht zu erzielen. Die Personenfreizügigkeit erlaubt es uns, hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU-Raum anzulocken. Dank diesem Zufluss an neuen Arbeitskräften konnte der AHV-Fonds auch im letzten Jahr einen Überschuss erzielen.

Nachhaltiges Planen

Ganz allgemein gesprochen ist nachhaltiges Planen eine Pflicht der Politik. Das gilt natürlich ganz besonders für ein Vorsorgewerk wie die AHV. Um zu bestehen, muss sie sich immer wieder an die neusten Entwicklungen anpassen. Die AHV ist dazu in der Lage: Sie hat sich in den sechzig Jahren ihres Bestehens fortwährend modernisiert. Mittlerweile stehen wir schon bei ihrer elften Revision. Derzeit geht

es der AHV zwar relativ gut. Vergessen wir aber nicht, dass der Überschuss von 1,5 Milliarden Franken, den die AHV im letzten Jahr erzielt hat, nur auf den ersten Blick komfortabel scheint. Allein schon die Rentenanpassung wird im nächsten Jahr nämlich Mehrkosten von rund 1,1 Milliarden Franken verursachen.

Verschiedene Ideen wurden herumgereicht, wie die AHV erneuert werden könnte. Dabei ist es wichtig, insbesondere auf die Veränderung der Lebens- und Arbeitsgewohnheiten zu achten. In der Schweiz zu Anfang des 21. Jahrhunderts sind viele über 65-jährige Menschen noch bei guter Gesundheit und voller Energie. Diese erfahrenen Arbeitskräfte sollten ermutigt werden, ihr Berufsleben zu verlängern, sofern sie dies können und wollen. Mit der Flexibilisierung des Rentenaufschubs und der Möglichkeit der Rentenaufbesserung für über 65-jährige Erwerbstätige macht die neue Fassung der 11. AHV-Revision bereits einen ersten Schritt in diese Richtung.

Personen mit komfortablen Einkommen und einer starken zweiten Säule können es sich leisten, frühzeitig in Rente zu gehen.

Wenn wir das Rezept der Initiative befolgen, dann wird das dazu führen, dass der Schwache den Starken unterstützt. Das ist nicht, was wir uns für die Zukunft unserer AHV wünschen. Im Gegenteil: Das AHV-System hat seine Stabilität und Ausgewogenheit bewiesen und sich ausserordentlich gut bewährt. Den Pionieren sind wir es schuldig, dass das auch in Zukunft so bleibt: – ohne abenteuerliche und unsoziale Lösungen!!

Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Erwin Aebischer – 30 Jahre FDP Schweiz

Erwin Aebischer, Mitarbeiter im Generalsekretariat der FDP Schweiz, feiert diesen Monat sein dreissigstes Dienst-Jubiläum. Der 59-jährige Berner lässt mit seiner Erfahrung im Generalsekretariat nichts anbrennen. Als «Administrator» ist er der Mann für alle Fälle. Seine exakte und äusserst speditive Arbeitsweise wissen alle zu schätzen. Für seinen Durchhaltewillen und seinen langjährigen Einsatz für unsere Partei ist er unser Kopf des Monats.



Erwin Aebischer, der Kopf des Monats.

AHV-Initiative

Welchen Weg wir auch gehen, es ist auf jeden Fall ratsamer, innovative Ideen zu prüfen, als überholte Lösungen zu wählen, die nach dem Giesskannenprinzip funktionieren. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, über die wir am 30. November abstimmen werden, geht genau in diese Richtung. Sie stammt aus einer anderen Zeit. Die generelle Herabsetzung des Rentenalters auf 62 ist angesichts der demographischen Entwicklung völlig verfehlt. Diese Initiative ist nicht nur gefährlich für unsere AHV, sondern sie schießt auch am sozialpolitischen Ziel vorbei. Denn nur

Geits no?

Die SVP hat sich seit Monaten auf das Schulprojekt HarmoS eingeschossen. Bannerträgerin im Kampf gegen eine dahergeredete Staatserziehung ist eine gewisse Silvia Blocher. Ihr Gatte ist derweil mit einem juristischen Kleinkrieg gegen diverse Parlamentarier beschäftigt. Sollte seine Klage erfolgreich sein, so will Christoph Blocher die geforderte Genugtuungssumme von 10 000 Franken dem Liberalen Institut überweisen. «Zufälligerweise» hat sich nun der Präsident dieses Instituts kürzlich öffentlich gegen das Schulprojekt HarmoS gestellt und kein gutes Haar an der Qualitätsverbesserung der Schulbildung gelassen. Das nennt sich vermutlich «vorausseilende Dankbarkeit».

Die Posse zum Rüstungsprogramm

Die Debatte zum Rüstungsprogramm 08 im Nationalrat behandelte nur vordergründig die Armee. Im Grunde war es ein Lehrstück, wie die aktuelle schweizerische Politik funktioniert – oder eben nicht.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Zur Erinnerung: In der Herbstsession hat die Mehrheit des Nationalrats gegen den Willen der FDP-Fraktion das Rüstungsprogramm 08 abgelehnt. Dem Entscheid war eine intensive und bisweilen sogar gehässige Debatte vorangegangen.

Die FDP will eine Armee, welche für die Sicherheit unseres Landes sorgen kann. Dafür muss sie entsprechend ausgerüstet sein. Es kann nicht angehen, dass wir die Armeeangehörigen, welche sich für unser Land einsetzen, mit Material ausrüsten, das nicht zeitgemäss ist. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion das Rüstungsprogramm in seinem ganzen Umfang unterstützt.

Scheingefecht der SVP

Die SVP missbrauchte die Rüstungsdebatte einzig und alleine,

um Parteipolitik zu betreiben. Anstatt über die Sache zu sprechen, zielte sie nur auf die Person von Bundesrat Schmid. Bevor diese Frage nicht geklärt sei, stimme man dem Rüstungsprogramm nicht zu. Wegen dem Zwist zwischen SVP und ihrem ehemaligen halben Bundesrat sollen die Soldaten also nicht zeitgemäss ausgerüstet werden.

Nebelgranaten von Links-Grün

Die Linke gab sich kompromissbereit. Wenn man einen Teil des Rüstungsprogramms – die Werterhaltung der F/A-18-Flugzeuge – streiche, sei die SP bereit, zuzustimmen. Was auf den ersten Blick wie ein grosszügiges Kompromissangebot aussieht, erweist sich bei näherem Hinsehen als bestens bekannte Taktik. In den vergangenen vier Jahren hat die SP jedes Rüs-



Fulvio Pelli

tungsprogramm abgelehnt. Immer wieder hat sie einen «Haken» gefunden, der sie zu einem Nein

führte. Das Ziel ist klar: Die Armee soll halbiert werden, und der Angriffspunkt dafür sind die Rüstungskredite.

Zum Schaden aller

Die Situation ist verfahren. SVP und Links-Grün haben zusammen im Nationalrat die Mehrheit und können demnach schalten und walten, wie sie wollen. In diesem Fall schaden sie der Sicherheit der Schweiz, kümmern sich nicht um die Sicherheit der Armeeangehörigen und gefährden Arbeitsplätze. Das Rüstungsprogramm löst in der Schweiz nämlich Investitionen im Umfang von rund 500 Millionen Franken aus. Auf diesen Wachstumsschub kann die Schweiz angesichts der sich abschwächenden Konjunktur nicht verzichten.



Wir wünschen Bundesrat Hans-Rudolf Merz von Herzen gute Genesung.

Stärkung des liberalen Pols auf der Zielgeraden

Die Mitglieder der FDP und der LPS begrüßen die Gründung der neuen Partei und damit die Stärkung des liberalen Pols in der Schweiz. Dies geht aus der internen Vernehmlassung klar hervor. Für die Bezeichnung der neuen Partei wurde aufgrund der Anregungen im Rahmen der Vernehmlassung eine Lösung gefunden. Die Kantonalparteien von FDP und LPS haben dieser Lösung zugestimmt. In der Deutschschweiz heisst die neue Partei FDP – Die Liberalen, in der Westschweiz PLR – Les Libéraux-Radicaux, in der italienischen Schweiz PLR – I Liberali und in der vierten Landessprache PLD – IIs Liberals.

Über den Namen und alle weiteren Punkte der neuen Statuten werden die Delegierten der beiden Parteien am 25. Oktober befinden.

Die Gründung der neuen Partei wird gemäss Fusionsgesetz abgewickelt. Daraus ergibt sich folgender Fahrplan:

- 25. Oktober 2008: Diskussion zum Grundsatz des Zusammenschlusses (getrennte Delegiertenversammlungen FDP und LPS). Gleich im Anschluss gemeinsame Diskussion und Verabschiedung der neuen Statuten.

- 28. Februar 2009: Verabschiedung des Fusionsvertrags durch die Delegierten der beiden Parteien und formelle Gründung der neuen Partei rückwirkend auf den 1. Januar 2009. Wahl des Parteipräsidiums.

Delegiertenversammlung im Casino Bern

25. Oktober 2008

Teil 1

10.15

Begrüssung

Gemeinderätin Barbara Hayoz, Bern

Einführung Neugründung

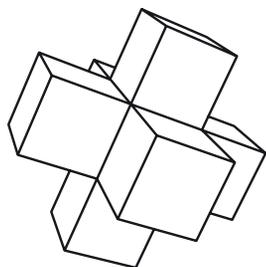
Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz

Prozess/Resultate

Nationalrätin Isabelle Moret, Vizepräsidentin FDP Schweiz

Diskussion/Grundsatzentscheid

Abstimmung über das Prinzip des Zusammenschlusses



Teil 2

11.30

Rede der Parteiprääsidenten

Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz, und
Pierre Weiss, Präsident Liberale Partei Schweiz

Interview mit dem Bundespräsidenten Pascal Couchepin

Filippo Leutenegger, Nationalrat ZH

Diskussion/Abstimmung über die Statuten*

Moderation: Filippo Leutenegger, FDP Schweiz, und
Chantal Balet, Liberale Partei Schweiz

Schlusswort

Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz, und
Pierre Weiss, Präsident Liberale Partei Schweiz

13.45

Ende der Delegiertenversammlung

«Imbiss-Märit»

*Es wird nur über Punkte abgestimmt, zu denen fristgerecht Anträge eingereicht wurden, anschliessend Gesamtabstimmung.



Kanton Zürich

Erfolg für FDP-Volksinitiative «Easy Swiss Tax»

Der Zürcher Kantonsrat hat mit grosser Mehrheit die FDP-Volksinitiative für eine Steuersystem-Reform überwiesen, mit dem Auftrag, eine entsprechende Standesinitiative in Bern einzureichen. Dies ist umso bemerkenswerter, als kaum je ein durch eine politische Partei lanciertes Volksbegehren ohne inhaltliche Veränderungen ein solch gutes Resultat im Parlament erzielte. Erstmals wird parteiübergreifend in einer demokratischen Abstimmung die Forderung nach einem vereinfachten und gerechteren Steuersystem so deutlich gestellt. Die FDP verfolgt mit der «Easy Swiss Tax» klare Zielsetzungen zur Vereinfachung, zur Leistungsförderung und zur Investitionsförderung, verbunden mit der Minimierung heutiger Systemungerechtigkeiten. Es liegt nun an den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern, ob sie den Mut für echte und zukunftsweisende Reformen haben. Die FDP wird jedenfalls ihre Forderung nach «einfachen Steuern» nicht fallen lassen.



Kanton Bern

Baugesetz: dem ausufernden Staat einen Riegel schieben

Die FDP des Kantons Bern wehrt sich gegen überbordende Bürokratie. Sie fordert im Dekret über das Bewilligungsverfahren (BewD), dass für das Aufstellen von Tischen und Stühlen von Restaurationsbetrieben im öffentlichen Raum keine Bewilligung eingeholt werden muss. Die Berner FDP ist der Meinung, dass es unsinnig und administrativ nicht zu verantworten ist, dass für das Aufstellen von Tischen und Stühlen von Restaurationsbetrieben im öffentlichen Raum eine Bewilligung eingeholt werden muss. Die Freisinnigen wehren sich dagegen, dass die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften immer komplizierter und die Hürden immer höher werden. Die in den Städten Bern und Thun gängige Praxis des baubewilligungsfreien Aufstellens von Bewirtungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum soll auf den ganzen Kanton Bern ausgeweitet und im Dekret über das Bewilligungsverfahren (BewD) fix verankert werden.



Kanton Graubünden

FDP-Klausurtagung

Die Geschäftsleitung der FDP Graubünden tagte im Bündner Oberland, um im Rahmen einer Klausurtagung verschiedene anstehende Geschäfte zu beraten und die Kreiswahlen 2010 vorzubereiten. Die FDP Graubünden hat auch in den nächsten Grossratswahlen klare Ziele, sie will im Grossen Rat weiter zulegen.

Die FDP-Geschäftsleitung des Kantons Graubünden hat klare Vorstellungen über das Wahljahr 2010. Sie will – wie schon in den letzten Kreis- und Nationalratswahlen – wiederum zulegen und auch in den nächsten Kreiswahlen zu den Gewinnern gehören. Es ist das erklärte Ziel, dass die FDP wie schon im Jahre 2006 auch im 2010 nochmals zulegen will. Die Partei will durch klare Statements, bürgernahe und verständliche Politik weitere Wählerinnen und Wähler gewinnen und auch dokumentieren, dass die Strategie klar vorwärts gerichtet ist. An drei Themenparteitagen werden zudem spezifisch bündnerische Themen als Schwerpunkte behandelt. Wie bisher sollen unter anderem die Themen, denen sich die FDP auch im Grossen Rat immer wieder gewidmet hat, wie Wirtschaftswachstum in Graubünden, Energieeffizienz und Wasserkraft sowie die periphere Entwicklung und die Arbeitsplatzsituation hohe Priorität genießen.

Ziel 2010

Kanton St. Gallen

Ausländergesetz

Eine Motion der FDP wurde vom Kantonsrat an der Septembersession überwiesen: Der Kanton St. Gallen will nun eine Standesinitiative einreichen, um das eidgenössische Ausländergesetz mit klaren Integrationskriterien zu ergänzen. Der Kantonsrat fordert, dass die Erteilung der Niederlassungsbewilligung anhand klarer Kriterien einzuschränken ist. Das eidgenössische Ausländergesetz soll so geändert werden, dass eine Niederlassungsbewilligung bei schlechtem oder fehlendem Integrationsverhalten widerrufen werden kann. Automatismen bei der Niederlassungsbewilligung würden damit ausgeschaltet, ein Mindestmass an Integration müsste neu nachgewiesen werden.



Wahlen – Stabil in die Zukunft

Am 6. November findet um 18.15 Uhr im Restaurant «Zunft zu Webern» in Bern die Generalversammlung 2008 statt. Im Vordergrund und als Hauptgeschäft werden Wahlen stehen.

Im Besonderen werden die Wahlen eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten wichtig sein. Dies aufgrund der Demission der Präsidentin zu Beginn des Jahres 2008.

Die übrigen Vorstandsmitglieder sind, aufgrund des Artikels 10 unserer Statuten sowie des Protokolls der letzten Generalversammlung, noch für ein Jahr gewählt.

Der Vorstand beantragt der Generalversammlung, folgende Personen zu wählen:

1. Zum Präsidenten: Herr Marcel Paolino; Vizepräsident

2. Zum Vizepräsidenten: Herr Beat Schlatter; Mitglied des Vorstandes

Die beiden zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder sind ausführlich

im «Schweizer Freisinn» Nr. 6 vom 9. Juli 2008 vorgestellt worden.

Die zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder des Vorstandes sind im Jahre 2008 unter anderem dafür verantwortlich gewesen, dass die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst im Organ der FDP («Schweizer Freisinn») eine ganze Seite zur Verfügung hat; dass wir im Aufnahmeprozess zum Einsitz in der Sozialpartnerschaft sind; dass wir unsere Meinung zu den neuen Statuten der Fusionierung der FDP mit der Liberalen Partei einbringen konnten; dass wir im Bereich der Adressverwaltung direkt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten können; dass wir ein vorstandsinternes Strategiepapier haben; dass die vorgesehene Anlässe so problemlos über die Bühne gingen.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Der Vorstand ist sich sicher, mit der Wahl dieser beiden Herren unserer Vereinigung eine stabile Zukunft zu sichern.

Politische Themen

Im Weiteren stehen folgende Schwergewichtsthemen für die Vorstandstätigkeit im Vordergrund:

Die Teilnahme an der Sozialpartnerschaft des Bundes ist, wie bereits in der letzten Ausgabe erwähnt, ein seit 2006 hängiges Geschäft. Der Verlauf ist nun so weit, dass wir bis Anfang Oktober 2008 Unterschriften zur Aufnahme in die Delegiertenversammlung der PUBLICA brauchen.

Unsere Mitglieder wurden in einem separaten Mail-Versand über dieses Geschäft informiert.

In der Ausgabe des «Freisinns» vom November werden wir über den

neuesten Stand informieren. Beim Projekt der gemeinsamen Adressverwaltung mit der FDP Schweiz zusammen ist der aktuellste Stand so, dass die Adressen an die entsprechende Unternehmung weitergeleitet wurden. Hauptsächlich ausstehend sind die E-Mail-Adressen der Mitglieder; diese Adressen sind deshalb wichtig, da dadurch kostenintensive Postversendungen eliminiert werden können.

Ebenso ist man bestrebt, in die laufende Diskussion um die Gründung einer neuen Partei im Rahmen der Fusion der FDP mit der Liberalen Partei Einfluss zu nehmen.

Unser Ziel ist es, mit der damit verbundenen Statutenrevision so anerkannt zu werden, dass wir den Status einer Kantonalpartei erhalten.

Veranstaltungskalender 2008

Mittwoch, 22. Oktober 2008, 16.00 Uhr

Stadtführungen von www.stattland.ch. Treffpunkt: 15.30 Uhr. Start des Rundgangs beim Treffpunkt im Bahnhof Bern. 18.00 Uhr: anschliessen der Apéro. Referenten und Schauspieler von www.stattland.ch. Das Programm wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Donnerstag, 6. November 2008, 18.15 Uhr

Generalversammlung 2008. Treffpunkt: Restaurant «Zunft zu Webern», Gerechtigkeitsgasse 68, 3011 Bern

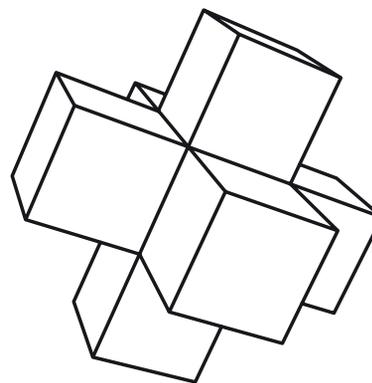
Vorschau 2009

4. März 2009

Besuch bei der Schweizerischen Nationalbank SNB in Bern. 17.00 Uhr Eintreffen der Gäste im Konferenzgeschoss der SNB, Amtshausgasse 22. 17.10 Uhr Referat über die SNB. 18.00 Uhr Besuch des Notenumseums. 18.30 Uhr Apéro. 19.00 Uhr ca. Schluss der Veranstaltung

17. März 2009

Fraktionsapéro FDP im Restaurant Äusserer Stand. Treffpunkt: www.aeussererstand.ch. 18.30 Uhr. Referat Bundespersonalgesetz; Referentin Frau Barbara Schaerer Direktorin EPA (Moderation Nationalrat Kurt Fluri). Anschliessend Apéro.



Das Verbandsbeschwerderecht muss präzisiert werden

Die Volksinitiative schafft Rechtssicherheit für Investoren. Sie hilft so mit, Arbeitsplätze zu generieren und den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Die Initiative stärkt zudem die Demokratie. Entscheide des Stimmvolks und von Parlamenten können künftig nicht mehr auf dem Rechtsweg blockiert werden.

Von Markus Hutter,
Nationalrat ZH

Nach schweizerischem Recht haben Natur- und Umweltschutzverbände ein Rekursrecht gegen Bauvorhaben. Das Sonderrecht der Verbandsbeschwerde stammt aus den sechziger Jahren und ist im Umweltschutzgesetz (USG) und im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) verankert. In den Anfangszeiten des Umweltschutzes erachtete man das Verbandsbeschwerderecht als sinnvolles und adäquates Instrument: Man wollte dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Natur und Umwelt nicht selber schützen können. Heute trifft dies nicht mehr zu: Die schweizerischen Umweltschutzgesetze sind beispielhaft. Die Raumplanungs- und Baugesetze nehmen auf die Bedürfnisse von Natur und Landschaft Rücksicht. Zudem ist das Umweltrecht in den vergangenen Jahrzehnten massiv verschärft worden.

Welche Probleme verursacht das Verbandsbeschwerderecht?

Rechtsstaatlich problematisch ist es, dass öffentliches Recht durch private Verbände durchgesetzt werden kann. Damit wirken Verbände de facto wie Baubewilligungsbehörden. Und verhindern, dass unsere rechtmässig gewählten Behörden das Recht angemessen anwenden können. Rechtlich problematisch ist das Verbandsbeschwerderecht, weil unbeteiligte Dritte mittels Beschwerde die Realisierung von Bauprojekten total blockieren können. Das stellt einen massiven Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Betroffenen dar. Anders als bei der Beschwerde durch Nachbarn, die durch ihre Nähe zum ge-



Markus Hutter

planten Bauprojekt meistens in eigenen Rechten betroffen sind, ist ein Verband nie selber betroffen. Dies eröffnet ein hohes Missbrauchspotenzial. Die Erfahrung zeigt leider, dass das Verbandsbeschwerderecht von Verbänden immer öfter für politische Zwecke missbraucht wurde.

Mit unsinnigen Rekursen werden wichtige Bauprojekte auf bürokratischem Weg blockiert, verzögert und/oder sogar ganz verhindert. Dabei ist besonders störend, dass via Verbandsbeschwerderecht demokratische Entscheide ausgehebelt werden können. Wenn einzelne Verbände Bauvorhaben mit Beschwerden verhindern, so blockiert dies wichtige Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze. Der volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Die Gesamtsumme der von Verbänden blockierten Projekte liegt bei mehreren Milliarden Franken – so eine Studie von «Avenir Suisse» (2003). Den Beweis, dass ihre In-

terventionen der Umwelt tatsächlich etwas nützen, sind die Umweltverbände bis heute schuldig geblieben. Die von links-grünen Verbänden geforderten Parkplatzreduktionen bei Einkaufszentren führen bei den Automobilisten kaum zum Umsteigen, sondern zu Staus, zu sinnlosem Suchverkehr und zu Ausweichfahrten in andere Einkaufszentren.

Was will die Initiative?

Im Jahre 2004 lancierte ein freisinniges Komitee die Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!». Die Volksinitiative wurde am 11. Mai 2006 mit 118 958 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Volksinitiative verlangt in einem neuen Artikel 30a der Bundesverfassung, dass das Verbandsbeschwerderecht bei Erlassen, Beschlüssen und Entscheiden, die auf Volksabstimmungen oder auf Ent-

scheiden der Parlamente beruhen, ausgeschlossen wird.

Die Diskussion über Bauprojekte wird somit mit dieser Initiative nicht verhindert. Ganz im Gegenteil: Die Verbände sollen sich aktiv in die politische Auseinandersetzung einmischen. Sobald aber demokratisch entschieden worden ist, sind Rekurse nicht mehr zulässig. Sonst verkommen politische Debatten zu Scheingefechten. Beschwerdemöglichkeiten sind und bleiben Druckmittel, um Resultate zu erreichen, die von Rechts wegen nicht erreichbar wären. Demokratisch gefällte Entscheide sind zu respektieren – auch für Verbände wie den VCS.

Die Volksinitiative stärkt Demokratie und Wirtschaftsstandort, schafft Rechtssicherheit und Ordnung. Investitionen können künftig wieder in einem stabilen Klima getätigt und Arbeitsplätze gesichert werden. Ein politisch zuverlässiges Umfeld und rechtliche Sicherheit sind Standortfaktoren von zentraler Bedeutung. Die Verbände können ihnen unliebsame demokratische Entscheide nicht mehr über die Verbandsbeschwerde aushebeln.

Die Volksinitiative verhindert den Missbrauch der Verbandsbeschwerde: Sie schiebt der Unsitte einen Riegel vor, demokratisch beschlossene, unliebsame Bauprojekte nachträglich mittels Einreichung von Beschwerden zu verzögern, zu blockieren, um sie letztlich zu verhindern. Wird die Initiative angenommen, ist dies ein unmissverständliches Signal an den VCS und andere Verbände, dass deren Blockadepolitik nicht länger toleriert wird.

*Wir kehren
auch vor
fremden
Türen.*

Unsere Mitarbeiter gehen täglich auf Aufräumdour rund um unsere Schweizer Restaurants und sammeln achtlos weggeworfenen Abfall ein. Auch Fremdadfall.
Überrascht? Erfahren Sie mehr auf www.dievollewaehrheit.ch



Fatales Nein zum Rüstungsprogramm 08

Die Ablehnung des Rüstungsprogramms 08 im Nationalrat ist ein Schlag gegen die Sicherheit der Schweiz und damit gegen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine leistungsfähige Armee muss ihre Ausrüstung permanent erneuern, um für die Gefahren gerüstet zu sein. Es ist eine Zumutung für die Angehörigen der Armee, welche sich in den Dienst der Bevölkerung stellen, wenn sie der Staat nicht zeitgemäss ausrüstet. Zudem gefährden SP, Grüne und SVP die Soldaten wissentlich und willentlich, weil sie den Armeeingehörigen eine zeitgemässe und sichere Ausrüstung vorenthalten.

Mit ihrem Entscheid gefährden die Armeegegner nicht nur die Sicherheit der Schweiz, sondern auch Arbeitsplätze. Mehr als 500 Millionen Franken würden im Rahmen des Rüstungsprogramms in der Schweiz investiert. Dies wäre ein konkretes Konjunkturprogramm für alle Regionen. Alle Nationalrätinnen und Nationalräte, welche gegen das Rüstungsprogramm gestimmt haben, vernichten Arbeitsplätze in ihren Regionen.

Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass der Ständerat bei seinem klaren Entscheid für das Rüstungsprogramm bleibt und die Mehrheit des Nationalrats ihre Sandkastenspiele beendet.



Übles Spiel mit der Sicherheit der Soldaten.

Bild: Keystone

FDP macht Weg frei für energiesparen- des Wohnen

Im Gebäudebereich liegt das grösste Energiesparpotenzial der Schweiz. Zahlreiche Häuser – darunter ein Grossteil der Altbauten – sind ungenügend isoliert. Dadurch verpufft ein Teil der Energie wirkungslos – zum Schaden der Umwelt. Es muss deshalb alles unternommen werden, um die Sanierung der Altbauten voranzutreiben. Ein Stolperstein für solche Sanierungen ist bis heute die sogenannte Dumont-Praxis. Gemäss dieser Praxis dürfen Sanierungsarbeiten bis zu fünf Jahre nach dem Kauf einer bestehenden Liegenschaft nicht steuerlich abgesetzt werden. Die Folge liegt auf der Hand: Die notwendigen Sanierungen werden aufgeschoben. Aus diesem Grund hat die FDP die Abschaffung dieser Dumont-Praxis verlangt.

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Dumont-Praxis abgeschafft. Damit wird der Energieverbrauch in der Schweiz auf Druck der FDP konkret und nachhaltig verringert. Zudem werden durch die Investitionen Arbeitsplätze geschaffen.



Altbauten sollen saniert werden.

Bild: Christian Mathis

Kein Kurzschluss! – FDP-Fraktion fordert dringliche Strom-Debatte

Um bis zu 20 Prozent sollen die Strompreise steigen. Diese Verteuerung der Energie hat gravierende Auswirkungen auf die Haushalte und gefährdet Arbeitsplätze. Die Bürgerinnen und Bürger haben zudem ein Recht zu wissen, weshalb die Stromkosten dermassen ansteigen sollen. Aus diesem Grund fordert die FDP eine dringliche Debatte zu den drohenden Strompreiserhöhungen.

Die FDP-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang:

- Der Bundesrat soll transparent und nachvollziehbar aufzeigen, wie sich die angekündigten Strompreiserhöhungen rechtfertigen lassen; es ist insbesondere aufzuzeigen, welchen Einfluss das knappere Energieangebot und die Teilliberalisierung im Strommarkt auf die Preise haben.
- Die Auswirkungen dieser Verteuerung der Energie auf die Haushalte, die Unternehmen und insgesamt auf die Volkswirtschaft sollen aufgezeigt werden.
- Die Netzgesellschaft swissgrid muss eine möglichst grosse Unabhängigkeit von Unternehmen und Politik haben.
- Es ist umgehend ein runder Tisch mit allen relevanten Akteuren einzurichten, um die Fragen des Ausbaus der Netzkapazitäten und der Genehmigung neuer Kraftwerke zu erörtern.

Abstimmungsvorlage vom 30. November

Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» - ein trügerisches Geschenk

Der Titel der Gewerkschaftsinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» klingt verführerisch. Die Initiative leistet gemäss dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund «einen wichtigen Beitrag, den sozialpolitischen Reformstau im Interesse der Bevölkerung endlich zu überwinden». Im Interesse der Bevölkerung? Wohl kaum! Die Bevölkerung sollte ein Interesse haben, dass sich unsere Sozialwerke nachhaltig entwickeln, damit unsere Kinder und jungen Menschen von dieser demokratischen Errungenschaft auch in Zukunft profitieren können.

**Von Ignazio Cassis,
Nationalrat TI**

Was will die Initiative? Mit der Initiative soll einem grossen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ermöglicht werden, bereits zwischen 62 und 65 Jahren eine AHV-Rente zu beziehen, ohne dabei eine versicherungsmathematische Rentenkürzung in Kauf nehmen zu müssen. Die Initiative will Personen mit einem Erwerbseinkommen unter dem Anderthalbfachen des maximalen rentenbildenden AHV-Einkommens eine ungekürzte AHV-Rente ab dem 62. Altersjahr gewähren. Auf der Basis der Zahlen aus dem kommenden Jahr 2009 kämen somit Jahreseinkommen bis zu 123 120 Franken in den Genuss einer ungekürzten Rente bei Frühpensionierung. Zudem soll eine Teilrente bezogen werden können, wenn die Erwerbstätigkeit nur teilweise aufgegeben wird. Das Frühpensionierungsmodell ist ein Fass ohne Boden: Die Initiative läuft in der Tat auf eine generelle Senkung des Rentenalters auf 62 hinaus. Eine Annahme der Initiative würde der AHV jährliche Mehrkosten von 779 Mio. Franken bescheren, sofern das Rentenalter der Frauen dem Männerrentenalter angepasst und somit auf 65 Jahre erhöht werden würde. Bleibt das Rentenalter der Frauen bei 64 Jahren, so würde die Mehrbelastung für die AHV pro Jahr sogar nahezu 1,26 Mia. Franken betragen.

Ist das wirklich im Interesse der Bevölkerung? Die demografische

Entwicklung und die damit verbundenen Finanzierungsprobleme sprechen vielmehr für die entgegengesetzte Richtung, nämlich tendenziell für eine Erhöhung des Rentenalters. Ein kurzer Blick in die europäischen Länder bestätigt dies. Die nachhaltige Entwicklung der Sozialwerke bedeutet – die AHV ist diesbezüglich symbolisch gesehen das wohl wichtigste Sozialwerk –, dass ein Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausgaben, zwischen alten und jungen Leuten, zwischen Arm und Reich herrschen sollte. Die Initiative zielt dabei in die entgegen-

gesetzte Richtung: Sie fordert eine stärkere Belastung der jüngeren zugunsten der älteren Generation.

Der Mensch wird immer älter: pro 10 Jahre durchschnittlich um 18 Monate. Der Mensch bleibt glücklicherweise auch länger gesund. Bürger und Bürgerinnen sind fitter und möchten länger im Arbeitsprozess verweilen. Die Arbeit spielt für viele von ihnen eine wichtige soziale Rolle, auch jenseits des 65. Lebensjahrs. Unser Ziel muss sein, diese Personen ungehindert weiterarbeiten zu lassen. Es müssen jene gesetzlichen Hürden abgebaut wer-

den, die eine Tätigkeit nach dem 65. Lebensjahr erschweren. Eine Flexibilisierung nach oben tut not. Gewiss: In einigen Berufsbranchen gelangen die Arbeitnehmer bereits vor 65 an die Grenze ihrer Leistungskraft: Hier tut eine Flexibilisierung nach unten not. Angesichts der gut vorhersehbaren demografischen Entwicklung, aber auch des generell tieferen durchschnittlichen Wirtschaftswachstums muss die Bevölkerung auf eine echte Flexibilisierung aufmerksam gemacht werden, und nicht mit trügerischen Geschenken.

Kein Raubzug auf die AHV



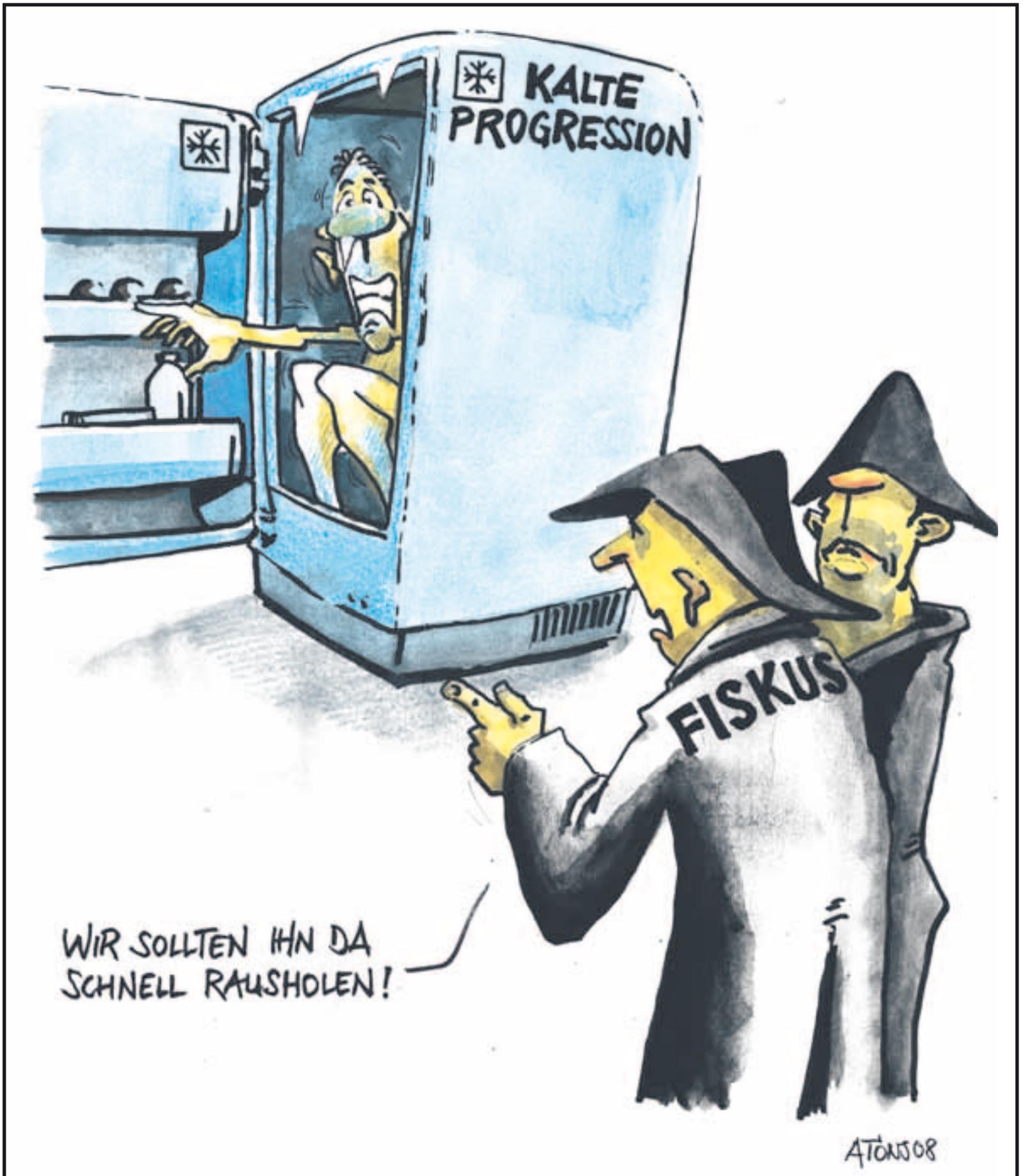
LIBERAL

FDP

Wir Liberalen.

Nein

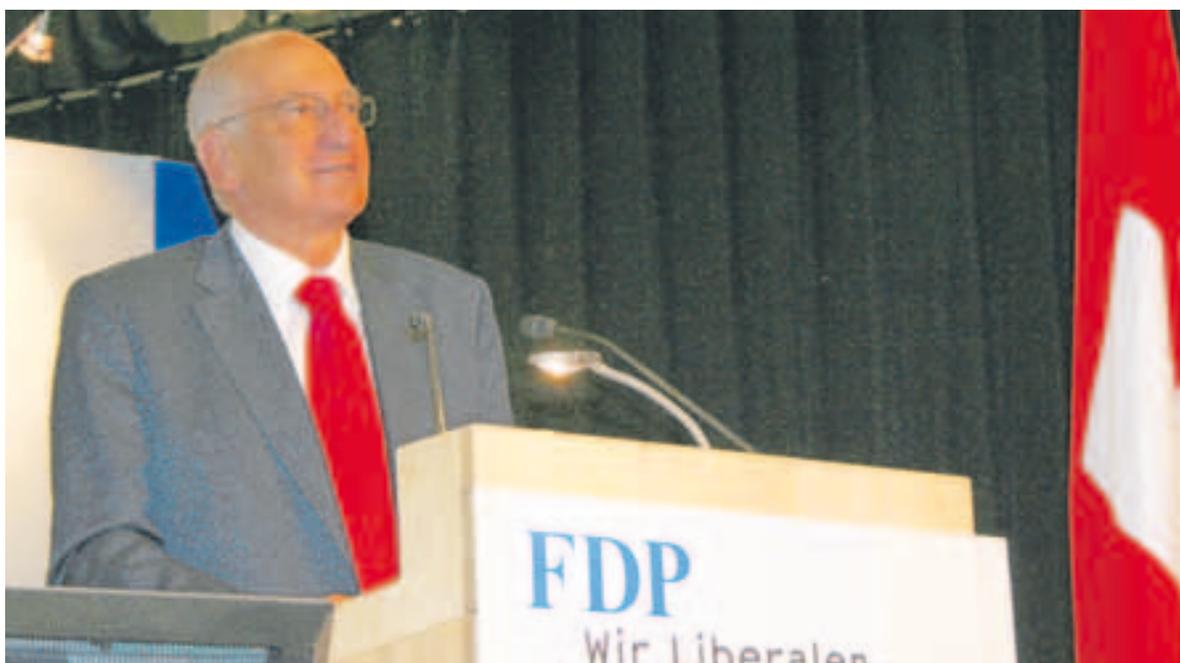
Zur AHV-Initiative
am 30. November



Delegiertenversammlung

Klares Ja zu den Bilateralen und zu energiepolitischen Investitionsanreizen

Über zweihundert Delegierte trafen sich in Neuenburg, um spannende und wichtige Themen zu besprechen. Der Neuenburger Regierungsratspräsident Roland Débely begrüßte die Delegierten aus allen Landesteilen und zeigte sich ob dem zahlreichen Erscheinen erfreut.



Bundespräsident Pascal Couchepin bei seiner Ansprache.

Roland Débely erläuterte, wie die neugegründete Freisinnig-liberale Partei, bei den kommenden kantonalen Wahlen, die Mehrheit im Regierungsrat zurückgewinnen will. Die liberalen und freisinnigen Kräfte in Neuenburg haben vorgemacht, was auf nationaler Ebene noch ansteht. Nämlich die Neugründung einer Partei aller freisinnigen und liberalen Kräfte. Nach den Ansprachen von Parteipräsident Fulvio Pelli und von Bundespräsident Pascal Couchepin war es an Johann N. Schneider-Ammann, den Erfolg des bilateralen Weges und der Personenfreizügigkeit vorzustellen. Anhand von praktischen Firmenbeispielen erklärte der Berner Nationalrat, wieso die Personenfreizügigkeit fortgesetzt und auf die neuen EU-Staaten Rumänien und



Ein engagierter Johann N. Schneider-Ammann kämpfte für die Bilateralen und die Personenfreizügigkeit sowie für den Ausgleich der kalten Progression.



Diskutierten über die Bedeutung der Personenfreizügigkeit: Prof. Dr. Roman Boutellier, ETH Zürich, Dr. Christoph Lindenmeyer, Schindler, Dieter Grossen, alt-Vizedirektor Bundesamt für Migration, Jean-Daniel Gerber, Staatssekretär seco, Suzana Zankova, Associate Director einer Grossbank, Moderation: Filippo Leutenegger, Nationalrat ZH



Parteipräsident Fulvio Pelli heisst den deutschen Parteikollegen Dirk Niebel herzlich willkommen.



Beeindruckte mit seiner humorvollen Rede alle Delegierten – Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP Deutschland.



Philippe Gnaegi, der Präsident der neugegründeten Freisinnig-liberalen Partei, verabschiedete die Delegierten.

Bulgarien ausgedehnt werden muss.

Die Delegierten teilten seine Ansichten und beschlossen einstimmig die Ja-Parole zum bilateralen Erfolgsweg.

Besuch aus Deutschland

Die Delegierten freuten sich über den Besuch des deutschen Parteifreundes Dirk Niebel. Der Generalsekretär der deutschen FDP ging in seiner mitreissenden Rede auf die Personenfreizügigkeit aus deutscher und europäischer Sicht ein. Für Dirk Niebel ist der gemeinsame EU-Binnenmarkt der Garant für Frieden und Wohlstand in Europa. Zu diesem gemeinsamen Markt gehört für ihn auch die Personenfreizügigkeit, welche für Deutschland eine grosse Chance ist. Mit der Personenfreizügigkeit sei zum Beispiel der Mangel an Ingenieuren zu kompensieren. Leider sei die in Deutschland regierende Grosse Koalition bei der Personenfreizügigkeit aus liberaler Sicht viel zu zurückhaltend und sie werde damit dem Fachkräftemangel in Deutschland nicht gerecht. Im Anschluss an seine Rede stellte sich der deutsche Liberale den Fragen der Schweizer Liberalen.

Kalte Progression

Als zweites Thema stand die kalte Progression im Vordergrund. Die Ausgangslage ist klar: Das



Stellten die energiepolitischen Investitionsanreize vor und ernteten Erfolg: Philipp Müller, Nationalrat und Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), Hugues Hiltbold, Nationalrat GE, Leiter Task Force Umwelt, und Filippo Leutenegger, Nationalrat und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK).

Wirtschaftswachstum fällt nur noch bescheiden aus und die Preise steigen. Johann N. Schneider-Ammann stellte das Konzept der FDP zum Ausgleich der kalten Progression vor. Geld, das dem Bürger gehört, soll beim Bürger bleiben. Deshalb fordert die FDP den Ausgleich der kalten Progression bereits fürs Jahr 2009. Die Delegierten bekundeten

ihre Unterstützung für dieses Vorgehen klar.

Energiepolitische Investitionsanreize

Die Nationalräte Philipp Müller und Filippo Leutenegger stellten die Massnahmen der FDP vor, welche energiepolitische Investitionsanreize schaffen sollen. Diese

Massnahmen wurden von den freisinnigen Delegierten unterstützt. Auch ein gemeinsamer Antrag der FDP Luzern und Solothurn stiess auf ein positives Echo. Demnach soll die Bewilligungspflicht für Solaranlagen eingeschränkt werden, um bürokratische Hürden abzuschaffen.

Abstimmung

Die FDP-Frauen sagen Nein zu den Volksinitiativen «für ein flexibles AHV-Alter» und «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»

Die FDP-Frauen sprechen sich klar gegen die Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» aus. Der Vorschlag geht in die falsche Richtung. Erklärtes Ziel von Bundesrat und Parlament ist es, mit der 11. und der 12. Revision eine umfassende Flexibilisierung des Rentenalters herbeizuführen – eine Flexibilisierung sowohl gegen unten als auch gegen oben. Frühpensionierungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie durch das Sozialversicherungssystem finanzierbar sind.

Kinder und Jugendliche sollen vor sexuellem Missbrauch und Übergriffen geschützt werden. Die Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» ist jedoch kein taugliches Mittel, Kinder vor sexuellem Missbrauch besser zu schützen. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates mit einer 15-jährigen Verjährungsfrist ab Mündigkeit des Opfers ist sachlich angemessen, rechtsstaatlich korrekt und politisch klug. Deshalb unterstützen die FDP-Frauen einstimmig

den Gegenvorschlag des Bundesrates.

Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter»

Mit der Initiative «für ein flexibles AHV-Alter» soll einem grossen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ermöglicht werden, bereits zwischen 62 und 65 Jahren eine AHV-Rente zu beziehen, ohne dabei eine Versicherungsmathematische Rentenkürzung in Kauf nehmen zu müssen. Ein derart grosszügiges Frühpensionsmodell bringt alleine für die AHV jährliche Mehrkosten von 779 Mio. Franken, sofern das Rentenalter der Frauen dem Männerrentenalter angepasst und somit auf 65 Jahre erhöht wird.

In seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision hatte der Bundesrat auf das Bedürfnis der Arbeitnehmer/-innen Rücksicht genommen und einen einfacheren Mechanismus für die Frühpensionierung und den Rentenvorbezug sowie eine spezielle Vorruhestandsleistung vorgeschlagen. Im Rahmen der 12. AHV-

Revision gedenkt der Bundesrat dann eine umfassende Flexibilisierung des Rentenalters einzuführen – eine Flexibilisierung sowohl gegen unten als auch gegen oben. Frühpensionierungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie durch das Sozialversicherungssystem finanzierbar sind.

In diesem Sinne empfehlen die FDP-Frauen Schweiz – im Einklang mit der Mutterpartei – eine klare Ablehnung der vorliegenden Initiative.

Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»

Die Volksinitiative des Vereins Marche Blanche hat zum Ziel, minderjährige Personen, die Opfer eines sexuellen Missbrauchs geworden sind, besser zu schützen. Mit der Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten wird der Schutz vor sexuellem Missbrauch jedoch nicht erhöht. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates, dass in Zukunft die 15-jährige Verjährungsfrist erst mit der Mündigkeit des Op-

fers zu laufen beginnt, ist sachlich angemessen, rechtsstaatlich korrekt und politisch klug. Der indirekte Gegenvorschlag kommt den Initiantinnen entgegen und wahrt dennoch die Verhältnismässigkeit. So haben Opfer bis zu ihrem 33. Altersjahr die Möglichkeit, eine Straftat aus ihrer Kindheit anzuzeigen.

Sicher, keine Frist oder Alterslimite kann jeder individuellen Lebenssituation gerecht werden. Das soll aber nicht dazu führen, dass wir hier einen gesetzgeberischen Basar veranstalten, welche Verjährungsfrist zwischen 15 und 25 Jahren nun am angemessensten sei.

Die FDP-Frauen unterstützen einstimmig den Gegenvorschlag des Bundesrates.

Kontakt:
Regierungsrätin
Jacqueline de Quattro
Präsidentin, via 079 282 29 59
Claudine Esseiva
Generalsekretärin,
078 801 99 99, esseiva@fdp.ch

«ZUKUNFT DER SCHULE – SCHULE MIT ZUKUNFT»



EINLADUNG
 zur Netzwerkveranstaltung
 Sa., 8. Nov. 2008, 10 – 13 Uhr

im Auditorium der
 Zurich Financial Services
 Mythenquai 2, Zürich

FDP FRAUEN
 Wir Liberalen.

BEGRÜSSUNG (10.30 UHR)
 Jacqueline de Quattro, Präsidentin FDP Frauen Schweiz
 Yvonne Lang Ketterer, CEO der Zurich Life Switzerland

REFERENTEN



Dr. Ursula Gut-Winterberger
 FDP Regierungsrätin, Finanzdirektorin Kt. Zürich
 «Herausforderungen in der zürcherischen Bildungspolitik»



Prof. Dr. Stefan C. Wolter
 Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung
 «Ein Blick aus der Wissenschaft auf die öffentliche Meinung zur Zukunft der Schweizer Schule»



Corinne Schmidhauser
 Ehemalige Spitzensportlerin, Fürsprecherin,
 Vorsteherin einer Sportschule



Miriam Leuchter
 Dozentin PHZ, Pädagogische Hochschule Zentralschweiz
 «Qualität im Unterricht mit jungen Kindern»



Beatrice Jann
 FDP Regierungsrätin, Erziehungsdirektorin Kt. Nidwalden
 «Bildung konkret: Wie geht ein kleiner Kanton mit neuen Anforderungen an das Schulsystem um.»

ANSCHLIESSEND NETWORKING-APÉRO

EINTRITT
 25 Franken pro Person als Unkostenbeteiligung (inkl. Kaffee, Gipfel und Apéro)

ANMELDUNG
 Die Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ist beschränkt.
 Anmeldung: info@fdp-frauen.ch oder über www.fdp-frauen.ch

TAGUNGORT
 Auditorium der Zurich Financial Services am Konzerthauptsitz, Mythenquai 2, 8022 Zürich

ANREISE
 Ab Zürich Hauptbahnhof: S-Bahn bis Zürich Enge oder Tram 6 oder 7 bis Zürich Enge. Ab Zürich Enge: Tram 5 bis Haltestelle Rentenanstalt oder 5–10 Minuten Fussweg.

Wir danken der Zurich Financial Service für Ihre grosszügige Unterstützung.

Die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs kann beginnen

Von Claudine Esseiva

In allen Kantonen laufen diesen Herbst die HPV-Impfprogramme zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs an. Das Ziel der HPV-Prävention ist es, möglichst viele Mädchen und junge Frauen effektiv vor dem Gebärmutterhalskrebs zu schützen. Bei einer hohen Durchimpfung lassen sich mit dieser sicheren und wirksamen Impfung jedes Jahr rund 160 Fälle von Gebärmutterhalskrebs und 50 Todesfälle sowie rund 2000 chirurgische Eingriffe wegen Krebsvorstufen verhindern.

Damit dieses Impfprogramm Erfolg hat, ist ein vielfältiges Informationsangebot unabdingbar. Mädchen, Eltern und junge Frauen sollen selbstverantwortlich eine Entscheidung fällen können. In verschiedenen Kantonen werden an den Schulen entsprechende Flyer verteilt und Informationsanlässe organisiert. Auf der nationalen Ebene wurde die Info-Hotline 0844 448 448 ins Leben gerufen, und auf www.sichimpfen-hpv.ch finden die Betroffenen detaillierte Informationen.

Die Wirksamkeit der HPV-Impfung beschränkt sich auf etwa 5 Jahre, und die Impfung ist nur wirksam, wenn das Mädchen oder die junge Frau noch keine sexuellen Kontakte hatte. Für die Verabrei-

chung des Impfstoffes sind jeweils drei Injektionen innerhalb von sechs Monaten notwendig.

Die Organisation der Impfung erfolgt mehrheitlich durch kantonale Impfprogramme und wird in diesem Fall auch von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen. In den Verhandlungen zwischen dem Anbieter und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) wurde eine Pauschale von rund 480 Franken vereinbart. Diese erstmalige Aktion half, den Preis im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ tief zu halten.

Die Entschädigung der Ärzte für diese sehr teure Impfung wurde in letzter Zeit heftig diskutiert und leider auch als Druckmittel missbraucht. Die Entschädigung, die für die eigentliche Impfung, also für die Verabreichung noch übrig bleibt, ist zwar nicht fürstlich, aber durchaus ausreichend, wenn die Impfung im Rahmen der vorgesehenen Programme stattfindet. Es gilt herauszustreichen, dass eine grosse Zahl von Ärzten und medizinischem Fachpersonal, Schulen und Lehrern sehr engagiert und ohne grosse Komplikationen die Arbeit angepackt haben. Ihnen ist zu verdanken, dass das Impfprogramm nun erfolgreich starten konnte.

Fünf Fragen an:

Katja Lehr

Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Neuenburg, Leiterin Amtsvor-mundschaft, zwei Kinder (13 und 16 Jahre)

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Die Freude und die Verantwortung, mich über die Familie und den Beruf hinaus für das Kollektiv einzusetzen. Werte und Anliegen, die mir wichtig sind, nach aussen zu vertreten und Mehrheiten zu suchen, um sie durchzusetzen.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die SBB, der Föderalismus, die Berge und Seen und der Rest Freiheit, der uns noch geblieben ist.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Der kommt noch.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Überlegen Sie sich, was Ihnen wichtig ist, für was Sie einstehen wollen, ohne zu schauen, was gerade Mode ist oder für was man am meisten gemocht wird.

5. Wenn beamten möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Gerade gefällt es mir im Hier und Jetzt recht gut.

JA zu einer besseren Schulbildung!

Letzten Sonntag wurde die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) vom luzernischen Stimmvolk abgelehnt. Der Abstimmungskampf hat gezeigt, dass das Thema «Bildung» die Menschen bewegt und wir schweizweit eine Diskussion führen müssen, wie die Schule von morgen aussehen soll.

Die FDP-Frauen Schweiz bedauern den negativen Entscheid des Kantons Luzern. Für die FDP-Frauen Schweiz ist es ein Kernanliegen, unseren Kindern die bestmögliche Bildung anzubieten. Kinder sollen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, egal, in welchem Kanton sie leben und aufwachsen. Die FDP-Frauen setzen sich weiterhin klar für HarmoS ein und unterstützen aktiv die Kampagne für HarmoS.



Jungfreisinnige Kampagne – gegen die Initiative «für ein flexibles AHV-Rentenalter»

Die Problematik der AHV und ihre Auswirkungen auf die zukünftige Generation sind zentraler Bestandteil des jungfreisinnigen Programms.

Es ist den jungfreisinnigen ein wichtiges Anliegen, auf diese Problematik sowie auf verfehlte Lösungsansätze, wie es die aktuelle Abstimmungsvorlage vom 30. November repräsentiert, aufmerksam zu machen.

Obwohl ein Arzt der AHV momentan die Diagnose «gesund» ausstellen würde, sind Bedrohungen im Anmarsch. So stehen etwa der wachsenden Zahl der Betagten immer

weniger Junge gegenüber. Der sogenannte Altersquotient ist seit der Einführung der AHV 1948 von sieben auf rund vier Erwerbsfähige pro Rentner gesunken. Bis im Jahr 2035 wird der Altersquotient voraussichtlich auf einen Wert von rund zwei absinken. Dies bedeutet, dass schon in absehbarer Zeit nur gerade zwei Erwerbstätige für die Existenzsicherung eines Rentners sorgen werden!

Dies sind nicht gerade rosige Aussichten für die AHV. Der nächste Lebensabschnitt der Institution wird somit geprägt sein von der Diskussion von Finanzierungslösungen, um der Problematik der Demografie zu begegnen.

Für die jungfreisinnigen stehen dabei klar grundlegende Reformen im Vordergrund. So fordern etwa die jungfreisinnigen, dass gerade der Altersquotient beim gesunden Mass von 4:1 verankert sein sollte. Nur wenn ein dem System zu Grunde liegender Wert – und nicht ein «Wunschrentenalter»! – verfassungsmässig verankert ist, kann das Vorsorgesystem einem langfristig angelegten Finanzierungsmechanismus folgen.

Flexibles Rentenalter

Die aktuelle Initiative «für ein flexibles Rentenalter», über welche am 30. November abgestimmt wird, geht deshalb unserer Meinung nach exakt in die falsche Richtung. Während die jungfreisinnigen generationengerechte Lösungen anstreben, setzt die Initiative falsche Signale und baut kurzsichtigerweise Leistungen in grossem Stil aus. Da sich die negativen Auswirkungen solcher Initiativen erst für die kommende Generation zeigen, engagieren sich die jungfreisinnigen in einer Gegenkampagne.

Die jungfreisinnige Kampagne arbeitet primär mit dem Bild der Generationengerechtigkeit. So wird etwa sogenannte «Renterschokolade» verteilt. Es handelt sich dabei um Schokoladetäfelchen, die mit dem Label «Renterschokolade» bedruckt sind und ans Abstimmungsdatum erinnern.

Damit zeigen die jungfreisinnigen auf, dass die Initiative nur für Teile der älteren Generation einen

Gewinn darstellt. Für die Kinder werden speziell Luftballone verteilt. Was sonst könnte besser die Renten der Kleinen symbolisieren, die, wenn wir nicht aufpassen, schwupp vielleicht davonfliegen?

Mit der Kampagne wollen die jungfreisinnigen demonstrieren, dass sich solche generationenungerechten Initiativen in dem Sinne auswirken werden, dass sich die Renten der Jungen buchstäblich in Luft auflösen und die ältere Generation die für die Jungen gedachten Geldmittel aufbraucht. Die Initiative verstärkt also ein Finanzierungsproblem, welches sich mit der demografischen Entwicklung ohnehin anbahnt.

Kampagnenstart ist am 1. Oktober, genau am Tag des 60-Jahr-Jubiläums der AHV. An diesem Datum werden jungfreisinnige als Geschenkpakete «verkleidet» in Bern auf das Jubiläum aufmerksam machen. Neben dem Kampagnenmaterial an die Passanten wird auch der AHV ein Jubiläumsgeschenk gemacht. Die Jungpolitiker verpacken sich hierfür symbolisch als das grösste Geschenk für die AHV – wo käme schliesslich die AHV ohne die zukünftigen Beitragszahler hin?

Um mit der Kampagne möglichst viele Personen zu erreichen, führen zahlreiche Kantonalsektionen Strassenaktionen mit dem Sujet der «Renterschokolade» durch. Ebenfalls finden Sie unter www.ahvbschiss.ch unser Argumentarium und einen Kampagnenfilm. Die jungfreisinnigen setzen sich dafür ein, dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der AHV in ihrem Jubiläumsjahr noch weitere Lebensjahre beschern und in diesem Sinne die Initiative am 30. November ablehnen.

Das Plakat hat einen dunkelblauen Hintergrund. Oben links steht in grossen, weißen und roten Buchstaben: **NEIN zum AHV-Bschiss!**. In der Mitte ist ein 3D-Modell einer Schokoladentafel dargestellt, die als Geschenkbox mit einem blauen Band verpackt ist. Auf der Box steht in roten und blauen Buchstaben: **rentner Schokolade®**. Unten links steht in roten und blauen Buchstaben: **rentner Schokolade®**. Unten rechts steht in roten und blauen Buchstaben: **Von der Schokolade von heute bleibt der jungen Generation nur heisse Luft!**. Am unteren Rand des Plakats steht in weiss-blauen Buchstaben: **jungfreisinnige | www.ahv-bschiss.ch**.

Fusion der Jungliberalen Schweiz und der Jungfreisinnigen Schweiz: Bilanz der ersten sechs Monate

Am 12. April dieses Jahres haben die Jungliberalen Schweiz und die Jungfreisinnigen Schweiz einstimmig beschlossen, zu einer grossen Bewegung für alle liberal gesinnten Jugendlichen zu fusionieren.

Von **Samuel David**, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz

Mit Blick in die nahe Zukunft wollten wir damit auch ein starkes Signal an unsere Mutterparteien aussenden: Die Wahlergebnisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass unsere beiden Parteien die liberalen Grundwerte nur gemeinsam gegen den Etatismus der Linken und gegen den Protektionismus der nationalistischen Rechten verteidigen können.

Konkret hat die neu formierte Bewegung ihren Vorstand um zwei Plätze erweitert, um Vertretern der Jungliberalen Partei Platz zu bieten. Mathieu Erb, der frühere Präsident der Jungliberalen Schweiz, und ich wurden in den Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz gewählt und durften damit diese beiden Plätze einnehmen. Nach sechs Monaten aktiver Zusammenarbeit haben wir ein gutes Verhältnis zu den anderen Vorstandsmitgliedern aufgebaut und wurden sehr freundlich aufgenommen. Im Vorstand haben uns die Jungfreisinnigen ihr Vertrauen ausgesprochen, so dass wir



Samuel David

nun in beiden Parteien integriert sind. An dieser Stelle ist es lustig anzumerken, dass ich – als Libera-

ler – beim anstehenden Fusionsbeschluss zwischen der Liberalen Partei und der Freisinnigen Partei

Delegierter der FDP und nicht der Liberalen sein werde. Dies beweist, dass die Verschmelzung der beiden Parteien schon heute Realität ist.

Auch wenn zwischen den Jungliberalen und den Jungfreisinnigen bei einzelnen sachpolitischen Themen noch Meinungsverschiedenheiten herrschen, beispielsweise in der Verteidigung des Föderalismus oder in der Drogenpolitik, stimmen wir in praktisch allen anderen Punkten überein. Diese positive Bilanz wird durch die Fusion mehrerer Kantonalparteien der Jungliberalen und Jungfreisinnigen, wie es beispielsweise in Neuenburg geschehen ist, noch gestärkt.

Die Fusion der Mutterparteien stimmt mich für die Zukunft zuversichtlich. Sie ist ein Zeichen, dass unsere beiden Parteien eine tiefgreifende Veränderung vollziehen können, und für mich eine Garantie, dass die bürgerlichen Parteien nicht stagnieren und verkrusten. In einer Gesellschaft, wo der Staat ohne Unterbruch in das alltägliche Leben des Individuums eingreift, ist der Liberalismus unabdingbar, um die Privatsphäre des Bürgers zu schützen und ihm das Verantwortungsgefühl zurückzugeben. Die Schaffung einer neuen grossen liberalen Partei ist auch ein Signal an alle, dass der Liberalismus aktueller ist denn je und dass die Zukunft, entgegen den Behauptungen unserer Gegner, den Liberalen gehört.

Seminar: Liberalismus und Islam

Datum: Samstag, 8.11.2008 - Sonntag, 9.11.2008

Ort: Zürich

Anmeldung und weitere Informationen unter www.jungfreisinnige.ch/agi-weekend

 jungfreisinnige

Wir gestalten **Zukunft.**

Kalt, wärmer, heiss – mehr Netto für alle

Die kalte Progression ist 2009 zu kompensieren und in den Folgejahren jährlich auszugleichen – dies ist der Inhalt unserer Resolution, die wir an der Delegiertenversammlung in Neuenburg gefasst haben. In der Tat geht es nicht an, dass die Teuerung Geld vom Bürger an den Staat umverteilt. Daneben darf aber ein anderes Phänomen nicht vergessen gehen: Die warme Progression. Auch diese wird heute nicht jährlich ausgeglichen – sondern gar nie.

Von Baschi Dürr, Vizepräsident der FDP-Fraktion und Präsident der Finanzkommission des Grossen Rates Basel-Stadt

Die direkte Besteuerung von natürlichen Personen folgt in der Schweiz zu grössten Teilen dem sogenannten Leistungsfähigkeitsprinzip. Wer mehr hat oder mehr verdient, soll auch mehr an den Fiskus abliefern. Dem nicht genug, wird dieser Grundsatz in der Regel dadurch verschärft, dass der finanziell Bessergestellte überproportional höher besteuert wird, die Steuerbelastung also progressiv ausgestaltet ist.



Baschi Dürr

Das sogenannte Leistungsfähigkeitsprinzip und besonders dessen strenge Auslegung, die der Progression zugrunde liegt, geht von der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit zwischen den einzelnen Steuersubjekten aus. Auf grundsätzlich diese Differenz zielt die Steuerprogression. Im Gegensatz zu dieser «heissen» Progression wird die sogenannte kalte Progression regelmässig auf null gestellt – und soll gemäss unserer Resolution künftig jährlich ausgeglichen werden. Wer nur deshalb überproportional höhere Steuern zu entrichten hat, weil

er zwar nominal, ob der Teuerung, nicht aber real über mehr Einkommen verfügt, soll nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Zwischen kalter und «heisser» Progression

Gewissermassen auf halber Strecke gibt es eine dritte Form der Progression, die als die warme bezeichnet werden kann – jene, die aufgrund des allgemeinen Wirtschaftswachstums zustande kommt. Wächst das Einkommen ei-

ner Person parallel zur realen Steigerung der Gesamtwirtschaft, wird sie überproportional höher besteuert, ohne dass ihre Leistungsfähigkeit im Vergleich mit den anderen Steuersubjekten steigt. Die warme gleicht damit der kalten Progression: Sie ist auf gesamtwirtschaftliche Umstände zurückzuführen und ereilt den Betroffenen gleichsam unverschuldet.

Die warme Progression ähnelt gleichzeitig der explizit gewollten «heissen» Progression, da sie bei

realen Mehrwerten ansetzt – und vor allem nie ausgeglichen wird. Dabei könnten die Steuersätze mit dem Wirtschaftswachstum regelmässig reduziert werden. Die Progression würde dann nur noch einsetzen, wenn Einzelne im Vergleich mit ihren Zeitgenossen und nicht mehr alle im Vergleich mit einer früheren Generation leistungsfähiger sind oder werden. Technisch wäre dies einfach zu realisieren: Die Behörden müssten jährlich die Steuertarife um einen von der nomina-

Steuerbares Einkommen	Ledige	Einelternfamilien	Verh. Einverdiener ohne Kinder	Verheiratete Einverdiener mit Kinder	Verheiratete Doppelverdiener mit Kinder	Verheiratete Doppelverdiener mit Kindern
25'000	5	0	0	0	0	0
50'000	33	29	29	29	29	29
80'000	135	81	81	81	81	81
100'000	185	141	141	141	141	141
120'000	215	229	229	229	229	229
150'000	321	515	515	515	515	515
200'000	458	515	515	515	515	515
500'000	458	515	515	515	515	515
1'000'000	0	0	0	0	0	0

Steuerbares Einkommen	Ledige	Einelternfamilien	Verh. Einverdiener ohne Kinder	Verheiratete Einverdiener mit Kinder	Verheiratete Doppelverdiener mit Kinder	Verheiratete Doppelverdiener mit Kindern
25'000	5.7%	0	0	0	0	0
50'000	6.7%	11.4%	11.4%	11.4%	11.4%	11.4%
80'000	7.6%	6.8%	6.8%	6.8%	6.8%	6.8%
100'000	5.9%	6.5%	6.5%	6.5%	6.5%	6.5%
120'000	4.4%	6.5%	6.5%	6.5%	6.5%	6.5%
150'000	4.0%	7.5%	7.5%	7.5%	7.5%	7.5%
200'000	3.2%	3.9%	3.9%	3.9%	3.9%	3.9%
500'000	0.8%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%
1'000'000	0	0	0	0	0	0

So viel sparen Sie jedes Jahr durch den vorzeitigen Ausgleich der kalten Progression (absolut und prozentual).



Eine boomende Wirtschaft fördert die warme Progression.

len Steigerung des Bruttoinlandsprodukts abgeleiteten Faktor reduzieren und würden so gleichzeitig die kalte und die warme Progression eliminieren.

Unbekanntes Phänomen

Ob dies allerdings geschehen soll, hängt zuerst davon ab, ob die warme Progression überhaupt gewollt ist. Der Autor des vorliegenden Artikels vermutet, dass der Fiskus die warme Progression zwar wohlwollend in Kauf nimmt, sie die Politik aber originär nicht beabsichtigt haben dürfte. Die meisten Finanzpolitiker dürften sich dieses Phänomens gar nicht bewusst sein.

Dabei stellt die warme Progression weit mehr als nur einen interessanten Nebenaspekt des Leistungsprinzips dar, sondern führt systemimmanent dazu, dass die Steuerquote kontinuierlich zunimmt. Sie dürfte denn zu einem guten Teil erklären, warum sich die Schweizer Staatsquote in den letzten fünfzig Jahren je nach Berechnung verandert halbfacht bis verdoppelt hat.

Sind öffentliche Güter einkommenselastischer?

Es wird oft behauptet, dass öffentliche Güter einkommenselasti-

scher als private sind und damit der Finanzbedarf des Staats mit steigendem Wirtschaftswachstum überproportional zunimmt. Dies kann gewiss hinterfragt werden. So sollte der Bedarf etwa nach sozialer Sicherheit – dem staatlichen Ausgabenbereich mit der grössten Ausdehnung der letzten Jahre – im Verhältnis zur steigenden Wirtschaftskraft nachlassen. Schliesslich sind die elementaren Bedürfnisse irgendeinmal abgedeckt. Und selbst wenn man davon ausgeht, dass die Anforderungen an die sozialen Mindeststandards mit dem allgemeinen Wohlstand steigen, bedingt dies allenfalls den anteilmässigen, kaum aber den überproportionalen Ausbau des Sozialstaats.

Mit Verweis etwa auf Bildung oder Gesundheit – beides Bereiche, deren Bedeutung mit der Wirtschaft wächst und in denen der Staat grosse Aktivitäten entfaltet – könnte schliesslich argumentiert werden, der wachsende Wohlstand beruhe gerade auf der steigenden Staatsquote. Denn in der Tat ist die Nachfrage nach generell mehr immer auch Bedingung und nicht nur Folge des Wirtschaftswachstums. Allein aber die Tatsache, dass der Staat eine Leistung erbringt, macht

diese noch zu keinem öffentlichen Gut im engeren Sinn.

Weniger Staatlichkeit dank Wirtschaftswachstum

Eine solch positivistische Betrachtungsweise würde nicht nur letztlich jede Begründung für eine steigende Staats- und Steuerquote zulassen, sondern verkennt auch den Zusammenhang von Wirtschafts- und Staatswachstum. Bekanntlich verdrängen staatliche Einnahmen und Ausgaben private Initiativen, die ob ihrer Freiwilligkeit mehr Wert schöpfen. Nicht zuletzt nimmt mit dem Wirtschaftswachstum auch der technologische Fortschritt zu, womit sich die Möglichkeit verbessert, den Nutzen von öffentlichen Gütern zu internalisieren – was wiederum generell die Nachfrage nach Staatlichkeit sinken lassen dürfte.

Keine Frage der Gerechtigkeit

Auch Gerechtigkeitsüberlegungen vermögen die warme Progression nicht zu begründen. Denn an der auch relativ höheren Besteuerung von Reichen änderte sich mit dem Ausgleich der warmen Progression nichts. Im Gegenteil kann diese je nach Ausgestaltung der Steuerkurve und vor allem auf die

lange Frist dazu führen, dass die relativen Unterschiede der Besteuerung unterschiedlicher Einkommen sinkt – theoretisch auf gegen null. Wer schliesslich ausführt, mit steigender Leistungsfähigkeit soll die Gesamtbevölkerung deshalb überproportional mehr an den Staat abliefern, weil diese es sich leisten kann, kehrt die Beweislast um. Denn nicht der Einzelne hat darzulegen, weshalb er einen bestimmten Anteil seines Einkommens behalten möchte, sondern der Staat muss begründen, warum er welche Einnahmen braucht. Der abnehmende Grenznutzen des Einkommens mag die proportional unterschiedliche Besteuerung von Individuen rechtfertigen, als Begründung für eine gesamthaft steigende staatliche Abschöpfungsquote schlägt sie fehl. Nicht zuletzt dürfte auch beim Staat der Grenznutzen eines zusätzlichen Steuerfrankens irgendwann abnehmen...

Die warme Progression existiert, zu rechtfertigen ist sie aber kaum. Dabei wäre ihre regelmässige Eliminierung einfach zu bewerkstelligen, wenn die Politik denn wollte – oder zumindest sich ihrer bewusst wäre.

Legislaturplanung 2007-2011 verabschiedet - ganz im Sinne der FDP-Fraktion

National- und Ständerat haben die Ziele der Legislaturperiode 07/11 verabschiedet. Dieses für den Bundesrat zentrale Instrument für die Planung der politischen Geschäfte wurde massgeblich von der FDP-Fraktion geprägt.

Von Peter Malama, Nationalrat, FDP-Leader in der Legislaturplanungskommission

Seit 1968 pflegt der Bundesrat dem Parlament ein Legislaturprogramm vorzulegen. In diesem Vierjahresplan zeigt er auf, welche Ziele er mit welchen Mitteln zu erreichen sucht. Das Parlamentsgesetz erlaubt National- und Ständerat seit 2004, in die Planung der Regierung einzugreifen und ihr unter Umständen andere Prioritäten aufzuzwingen.

Der Bundesrat hat sich mit der Legislaturplanung bis 2011 viel vorgenommen. So will er bis 2011 den «Wirtschaftsstandort Schweiz» und die «gesellschaftliche Kohäsion» stärken, die «Sicherheit gewährleisten», die «Ressourcen nachhaltig nutzen» und die «Stellung der Schweiz in einer vernetzten Welt festlegen». So lauten die fünf Leitlinien seiner Legislaturplanung. Dazu hat er 16 Ziele und 70 Massnahmen definiert. Die wichtigsten Ziele lauten:

- Wettbewerb stärken
- Bildung und Forschung fördern
- Infrastruktur optimieren
- Der Kriminalität vorbeugen
- Sicherheitspolitik umsetzen
- Sozialwerke sichern und sanieren
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern
- Energieversorgung sicherstellen
- Konsolidierung der Beziehungen zur EU
- Friedensförderung und Konfliktprävention
- Armutsreduktion

Währenddem sich die FDP-Fraktion in konstruktiver Art und Weise



Peter Malama

mit dem Entwurf des Legislaturprogramms des Bundesrates auseinandersetzte, überraschten einmal mehr die SVP und die SP mit Rückweisungsanträgen: Die Stossrichtung der bundesrätlichen Legislaturplanung stimme nicht. Gemäss beiden Parteien braucht es jetzt endlich eine klare Fokussierung auf diejenigen Punkte, die aus ihrer parteiinternen und somit rein partikulären Sicht wichtig sind. So verlangt die SVP von Bundesrat und Parlament ein klares Bekenntnis zu einer unabhängigen Schweiz, die sich klar gegen einen EU-Beitritt ausspricht, und für die SP geht das Legislaturprogramm im Bereich der Sozialpolitik viel zu wenig weit, weshalb das Programm zurückzuweisen ist.

Diese destruktive Haltung von SVP und SP liess mich in meiner Rolle als Kommissionssprecher zur Aussage verleiten, dass «nicht alles, was in den Parteiprogrammen geschrieben steht, dazu geeignet ist, zur Zielsetzung der Nation erhoben zu werden. Es geht darum, Prioritäten zu setzen, nicht auf Extrem-

positionen zu beharren, sondern nur das einzufordern, was politisch machbar und mehrheitsfähig ist, um unser Land vorwärtszubringen. Dies verlangt von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern Grösse und ein hohes Demokratieverständnis. Das Legislaturprogramm ist kein Tummelfeld für die seitens der SVP selbst erklärte Oppositionsrolle. Parteiprogramme sollen an den Parteitagen hinuntergebetet werden und nicht auf Kosten der Steuerzahler in der Session. Legislaturprogrammziele sollen politisch breit abgestützt sein, das bedingt den konstruktiven Weg des politischen Dialogs ohne jegliche Druckversuche.»

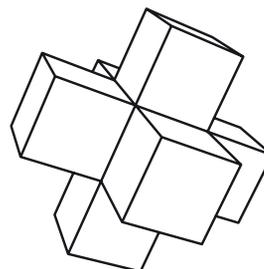
Die Prioritäten von uns Freisinnigen waren klar: Die Schweiz braucht mehr und bessere Arbeitsplätze, eine Stärkung des nationalen Zusammenhalts und sichere Sozialwerke sowie einen schlanken, bürgerfreundlichen Staat. Basierend auf diesen Zielen hat die FDP-Fraktion ihre Vorschläge erfolgreich in das Legislaturprogramm eingebracht. Zentrale freisinnig-liberale Punkte waren zum Beispiel:

- Vereinfachung des Steuersystems
- Administrative und steuerliche Entlastung der Unternehmen
- Umsetzung einer nationalen Integrationsstrategie

- Schaffung eines Innovationsparks
- Flexibilisierung des Rentenalters (nach unten sowie nach oben)

Diese und weitere Zielsetzungen aus der FDP-Fraktion haben im Parlament eine Mehrheit gefunden und sind somit erfolgreich in das Legislaturprogramm 07/11 eingeflossen. Das Programm ist für die Regierung de jure verbindlich. De facto aber bleibt dem Bundesrat bei der Umsetzung ein grosser Handlungsspielraum. Und dennoch: Die Legislaturziele machen dem Bundesrat klar, wo das Parlament in seiner Mehrheit Handlungsbedarf sieht und zu welchen Themen der Bundesrat ihm während dieser Legislaturperiode Vorlagen unterbreiten soll, um unser Land auf eine nachhaltige Weise in die Zukunft zu führen.

Das vorliegende Legislaturprogramm ist nun also ein Programm liberaler Prägung, das die Handschrift der FDP-Fraktion trägt und die echten Herausforderungen für die Schweiz angeht. Unsere Politik des aktiven und konstruktiven Dialogs, abgestützt auf freisinnig-liberalen Positionen, hat sich durchgesetzt. Das darf uns heute freuen, verpflichtet uns aber morgen und übermorgen – und auch über die laufende Legislatur hinaus.



Die Hanf-Initiative ist moderat und liberal

Am 30. November entscheidet das Volk über die Volksinitiative «für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» und übernimmt damit die Verantwortung, die der Nationalrat mit seinem zweifachen Nichteintreten auf die Betäubungsmittelgesetz-Revision im Jahr 2004 verweigert hat. Die Initiative ist liberal, moderat und völkerrechtskonform und verdient daher die Unterstützung von uns Freisinnigen und Liberalen.

**Von Christa Markwalder,
Nationalrätin BE**

Der Umgang mit Genuss- und Suchtmitteln ist in jeder Demokratie ein Politikum, da es keine offene Gesellschaft gibt, in der nicht psychoaktive Substanzen konsumiert werden. Eine staatliche Intervention ist aus liberaler Sicht nur dann gerechtfertigt, wenn der Konsum einer Substanz in eine derartige Abhängigkeit führt, dass ein Individuum die Kontrolle über sein Leben verliert und der Gesellschaft zur Last fällt. Nicht der potenzielle Schaden zählt, den eine Person durch den Konsum von Genuss- und Suchtmitteln sich selber zufügt, sondern der tatsächliche Schaden, den die Gesellschaft zu tragen hat. Aus liberaler Sicht gehen wir von der Eigenverantwortung jedes einzelnen aus, und der Staat hat nicht die Aufgabe, Menschen vor sich selbst zu schützen.

Blicken wir in der Geschichte etwas zurück, finden wir Substanzen, die zeitweilig verboten, dann wieder erlaubt wurden, und Substanzen, die umgekehrt erlaubt waren und dann verboten wurden. Unter Kaiser Friedrich dem Grossen war es der Kaffee, unter US-Präsident Wilson der Alkohol, von dem man die Bevölkerung fernzuhalten versuchte. Doch weder liessen sich in Preussen die Menschen vom Kaffeegenuss noch in den USA vom Alkoholgenuss abbringen. Die Prohibitionspolitik hatte vor allem einen Schwarzmarkt mit mafiösen Strukturen zur Folge, die heute für den Handel mit harten Drogen genutzt werden.

In der Schweiz war Hanf bis Mitte des 20. Jahrhunderts keine verbo-



Christa Markwalder

tene Substanz, sondern wurde vielfältig genutzt sowohl als Nutzpflanze in der Industrie als auch als Genussmittel in der Sonntagspfeife – wie bei Jeremias Gotthelf nachzulesen ist.

Das Verbot der psychoaktiven Hanfpflanze hat ähnliche Wirkungen erzielt wie die Alkohol-Prohibition in den USA oder die Ächtung des Tabaks im puritanischen Bern Anfang des 18. Jahrhunderts: Das Verbot verlockt zur Übertretung, klandestine Kreise zum Konsum dieser Substanzen entstehen, und der Schwarzhandel, der -anbau und der Schmuggel blühen.

So stellt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Betäubungsmittelgesetz-Revision fest, dass in jenen Ländern, in denen eine restriktive Hanf-Gesetzgebung herrscht, mehr Cannabis konsumiert wird als in Ländern mit einer liberalen Gesetzgebung. Der jüngste WHO-Bericht unterstreicht diesen Befund: Schweizer Jugendliche kiffen mehr, trinken und rauchen aber weniger als Jugendliche in anderen Ländern.

Die Hanf-Initiative will aus diesem Dilemma einen Ausweg aufzeigen: Der Hanfkonsum soll für Erwachsene straffrei und dahingehend reguliert werden, dass ein effektiver Jugendschutz möglich wird. Für Alkohol und Tabak wurden Altersgrenzen eingeführt, doch im illegalen Hanfmarkt ist jedem Dealer das Alter seines Käufers egal – weshalb unter dem heutigen Verbot regime kein wirksamer Jugendschutz möglich ist.

Die Verbotspolitik hat dazu geführt, dass in Indoor-Plantagen Hanfpflanzen mit hochprozentigem THC-Gehalt gezüchtet werden, anstatt dass der Hanf von Bauern auf ihren Feldern angebaut wird. Da es auf dem Schwarzmarkt keine Produkte-Deklaration gibt, weiss der Konsument nie, ob er Hochprozentiges (analog zu Schnaps) oder Niederprozentiges (analog zu Wein) konsumiert.

Mit einem regulierten Regime wäre sowohl dem Jugendschutz als auch dem Konsumentenschutz gedient. Zudem könnte einheimischer Hanf legal auch für medizinische Zwecke verwendet werden. Es ist

ein offenes Geheimnis, dass Hanf bei Schmerzpatienten und MS-Patienten eine Linderung ihrer Schmerzen und Beschwerden bewirkt. Deshalb darf es doch nicht sein, dass wir künstlich hergestelltes Cannabinol importieren, anstatt unseren Bauern die Produktion für die hiesige Pharmaindustrie zu erlauben. Und wenn Hanf in Zukunft in Apotheken und Drogerien legal verkauft werden kann, nimmt dies Jugendlichen auch den Reiz der Übertretung des Verbots.

Die Initiative als Ganzes ist so moderat, dass der Bundesrat in seiner Botschaft schreibt: «Die Hanf-Initiative nimmt damit die Stossrichtung des Bundesratsvorschlages für die Revision des BetmG von 2001 wieder auf.»

Aus freisinnig-liberaler Sicht verdient die Hanf-Initiative deshalb unsere Unterstützung, denn sie stellt die Eigenverantwortung ins Zentrum, legt einen milliardenschweren Schwarzmarkt trocken und entzaubert die verbotene Substanz Hanf für Jugendliche. Stimmen Sie deshalb am 30. November JA zur Hanf-Initiative.

Agenda

Oktober 2008

- 24. PPK
- 25. Delegiertenversammlung in Bern

November 2008

- 21.–22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 30. Eidgenössische Abstimmungen

Doppelter Trumpf: Die bessere Lösung der FDP

Die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (Ausschaffungsinitiative) der SVP ist mit über 200 000 Unterschriften zustande gekommen. Das Grundanliegen ist berechtigt: Für Schwerstkriminelle hat es in der Schweiz keinen Platz! Die Ausschaffungsinitiative bringt dafür aber keine Lösung, sondern kreiert neue Probleme. Denn einmal mehr reizt die SVP das Völkerrecht aus. Deshalb hat die Fraktion FDP/Liberale in der Herbstsession eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie präsentiert damit einen doppelten Trumpf: Der Weg ist schneller und die präsentierte Lösung steht im Einklang mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht.

Von Nationalrätin Gabi Huber (Uri), Fraktionspräsidentin

Die jährlich erscheinende Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt auf, dass die Anzeigen wegen Gewaltdelikten ständig zunehmen und ein überproportionaler Anteil der Schwerstdelikte von Ausländern mit legalem Aufenthalt in der Schweiz verübt wird. Die FDP ist nicht gewillt, diese Entwicklung hinzunehmen. Wer in der Schweiz Gastrecht genießt und schwere Straftaten begeht, soll unser Land verlassen müssen.

Zum FDP-Kernthema «Schlanker, bürgerfreundlicher Staat» gehört auch die Sicherheit. In diesem Zusammenhang haben wir im Frühling die Taskforce Sicherheit gegründet, welche eine nationale Strategie für Sicherheit und Integration erarbeitete. In dieses Konzept reiht sich nun auch der von Fraktionskollege Philipp Müller erarbeitete Gegenvorschlag ein.

Die FDP verlangt eine Änderung des Ausländergesetzes. Die fakultativen Widerrufsgründe für eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sollen ergänzt werden mit einer Bestimmung, wonach der Widerruf bei schweren Delikten gegen die körperliche Integrität zwingend zu erfolgen hat. Die Tatbestände aus dem Schweizerischen Strafgesetzbuch werden abschliessend aufgezählt (vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Menschenhandel, Vergewaltigung usw.). Ist eine Wegweisung



Gabi Huber

aus der Schweiz aus technischen Gründen nicht möglich oder verstösst sie gegen zwingendes Völkerrecht, ist die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in eine vorläufige Aufnahme umzuwandeln. Ebenso berücksichtigt der Gegenvorschlag die Problematik der kriminellen Minderjährigen im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.

Die parlamentarische Initiative der FDP ist ein Lackmus-Test für die anderen Parteien, die sich alle

auch die Sicherheit auf die Fahne geschrieben haben. Unterstützt insbesondere die SVP unsere parlamentarische Initiative nicht, wird offensichtlich, dass es dieser Partei bloss um billige Polemik ohne echten Beitrag zur Lösungsfindung geht. Der SVP-Präsident, welcher sich bereits ablehnend äusserte, ist falsch gewickelt, wenn er meint, die Lösung könne nur über eine Verfassungsbestimmung erfolgen. Der FDP-Weg ist nämlich gerade deshalb der bessere Weg, weil die Ver-

fassung nicht mit vagen Strafbestimmungen angereichert wird, die dann wieder in einem Ausführungsgesetz konkretisiert werden müssen. Auch braucht es kein langwieriges Verfahren über eine Volksabstimmung. Die anderen Parteien sind also gefordert: Wollen sie eine konkrete, pragmatische Lösung für ein real existierendes Problem oder betreiben sie lediglich Problembe- wirtschaftung?

Mit dem Gegenvorschlag erhält die gesamte Migrationspolitik der FDP eine eigentliche Architektur, die in sich stimmig ist: Das neue Ausländergesetz regelt die Einwanderung, und mit der Revision des Asylgesetzes wird der Missbrauch im Einwanderungsbereich bekämpft. Beide Gesetze wurden von der FDP massgeblich und entscheidend mitgestaltet. Mit dem Integrationskonzept setzt die FDP wiederum federführend Massstäbe im Umgang mit der in der Schweiz lebenden ausländischen Wohnbevölkerung. Mit der parlamentarischen Initiative schliesslich werden schwere Verstösse gegen unsere Rechtsordnung konsequent, aber den Grundsätzen der Verfassung und des Völkerrechts verpflichtet, geahndet.

Agenda 2009

Februar

- 6./7. Fraktionsseminar
 8. Eidg. Abstimmungen
 20./21. Vorsektionale Fraktionssitzung
 27. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
 28. Delegiertenversammlung

März

- 2.–20. Frühjahrssession
 5. Geschäftsleitung

April

24. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
 25. Delegiertenversammlung
 27.–30. Sondersession Nationalrat

Mai

- 15./16. Vorsektionale Fraktionssitzung
 17. Eidg. Abstimmungen
 25. 5.–12. 6. Sommersession (1.6. = Pfingstmontag)
 28. Geschäftsleitung

Juni

3. Ausflug der FDP-Fraktion der Bundesversammlung
 26. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
 27. Delegiertenversammlung

August

- 28./29. Vorsektionale Fraktionssitzung

September

- 7.–25. Herbstsession
 10. Geschäftsleitung
 12. Tag der FDP-Parlamentarier
 27. Eidg. Abstimmungen

Oktober

16. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
 17. Delegiertenversammlung

November

- 13./14. Vorsektionale Fraktionssitzung
 23. 11.–11. 12. Wintersession
 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
 26. Geschäftsleitung
 29. Eidg. Abstimmungen

Dezember

2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
 10. Weitere Feiern

6-jährige Ära geht zu Ende

Nach 6 Jahren verlässt FDP-Pressechef Christian Weber Ende Oktober das Generalsekretariat, um eine neue Herausforderung anzunehmen. Die FDP dankt ihm bereits heute für seinen Einsatz und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.



Herzlich willkommen

Nicolas Tripet ist seit Anfang September der neue Praktikant im Generalsekretariat der FDP Schweiz. Er wird in den kommenden vier Monaten insbesondere die Arbeiten zur Neugründung der Partei unterstützen. Wir heissen Nicolas Tripet herzlich willkommen und wünschen ihm viel Erfolg.



Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-
 gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30



MCCANN ERICSSON

ISOLIERT

Microsoft®
Your potential. Our passion.™

INTEGRIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch